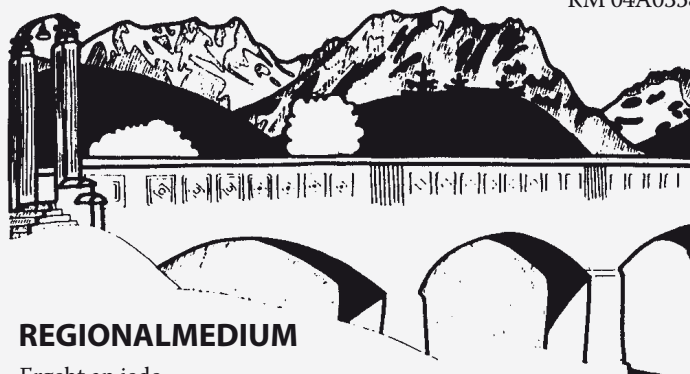


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 5, Juni/Juli 2026



REGIONALMEDIUM

Ergeht an jede
Postabgabestelle in Trofaiach

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung vom 26. März 2026

Bodenaushubdeponie: Gemeinde ergreift keine Rechtsmittel

Die Bodenaushubdeponie in Gimplach bekam vom Land Steiermark einen Genehmigungsbescheid. Deshalb brachte die KPÖ das Thema noch einmal in den Gemeinderat. Sie forderte in einem Antrag alle Rechtswege auszuschöpfen und Beschwerde gegen diesen Bescheid beim Verwaltungsgericht zu erheben.

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer-Murgg: „Sämtliche Einwendungen der Anrainer und der Gemeinde wurden vom Land als unbegründet abgewiesen. Bis ins Jahr 2045 können 474.600 m³ Bodenaushubmaterial deponiert werden. Mit bis zu 6.500 LKW-An-

lieferungen, das sind 13.000 Fahrbewegungen pro Jahr, muß gerechnet werden. Das können täglich bis zu 208 Fahrbewegungen zusätzlich zum bestehenden Verkehr sein. Damit müssen die direkten Anrainer und die Bewohner der Langefelderstraße nun leben. 20 Jahre lang

Staub, Lärm und das Befahren der Gehsteige. Wir müssen alles tun, um diese erneuten massiven Belastungen für die betroffene Bevölkerung zu verhindern.“ SPÖ, FPÖ und ÖVP wollten den Bescheid nicht bekämpfen. Alle Einwendungen seien erhoben und das Verfahren vom Land ordentlich geführt worden. Außerdem seien aus Sicht des Anwalts der Gemeinde weitere Rechtsmittel aussichtslos.

KPÖ-Gemeinderat Bernd Kaufmann bezwei-

felte, ob der Untergrund der Langefelderstraße überhaupt in der Lage sei, diese Belastungen zu ertragen. Kritik kam auch von KPÖ-Gemeinderat Christian Weiß: „Wir müssen gegen den Bescheid auftreten, weil die Verkehrsemissionen im Bescheid nicht berücksichtigt wurden. Die Langefelderstraße war nie Beurteilungsgegenstand in den Sachverständigengutachten.“ Gabi Leitenbauer-Murgg ergänzte: „Ein guter Umweltsachverständiger hätte diese Argumente eingebracht. Ich bezweifle, ob unser Anwalt hier der richtige gewesen ist.“ Der KPÖ-Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt.

Fortsetzung auf Seite 2

Wir kaufen Ihr Gold!

- sofort gegen Bargeld
- unbürokratisch
- zum Tageshöchstpreis

Schmuck, Münzen, Barren, Uhren
Zahngold, beschädigte Gegenstände, ...

... weil gute Geschäfte Vertrauenssache sind:

Antiquitäten Jahrbacher
gratis Auskunft 0664/33 82 716
Direkt in Leoben beim Schwammerlturm
www.jahrbacher.at www.jahrbacher.com

Schmuck Jahrbacher
0664/30 43 873
Besuchen Sie auch
unseren Online-Shop

Lesen Sie auch Seite 21



Auch
Verpfändung
möglich!

Aus dem Inhalt

Aus dem Trofaiacher
Stadtrat Seite 5-8

Aus dem Mietrecht
Seite 10

EU-Propaganda versus
Realität Seite 13

Pensionisten werden
weiter geschröpft
Seite 19

Umfrage zur Pflege
Seite 23

Fortsetzung von Seite 1

Problematischer Verkehr im Schulbereich

KPÖ-Gemeinderat Bernd Kaufmann berichtete von einer vor kurzem stattgefundenen Veranstaltung im Rahmen der „Familienfreundliche Gemeinde“. Kaufmann: „Bei dieser Veranstaltung wurde abermals das Problem durch den privaten Autoverkehr im Schulbereich durch das Bringen und Abholen von Schülern diskutiert. Das Thema wurde auch von den Schulleitern angesprochen. Ich ersuche Dich, Herr Bürgermeister, mit Verkehrsexperten eine Lösung zu finden.“ Mario Abl (SPÖ): „Das starke Verkehrsaufkommen wird hauptsächlich von den Eltern verursacht, die ihre Kinder direkt vor der Schule aussteigen lassen. Es wurden bereits Schulwegspläne mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit entworfen. Sie werden aber von den Eltern nicht angenommen.“

KPÖ-Gemeinderat Patrick Pirner brachte noch einmal die Fahrbahnverengung in Windischbühel

zur Sprache. „Damals hast Du zugesagt diese Poller bei Schnee entfernen zu lassen. Im letzten Winter passierte das leider nie. Anrainer sind mit ihren Autos durch den patzigen Schnee hängen geblieben. Könntest Du den Bauhof noch einmal auf diese Probleme hinweisen.“ Mario Abl (SPÖ): „Der Bauhof ist beauftragt die Poller bei Schneefall zu entfernen.“

Trofaiacher Trinkwasseruntersuchung

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer-Murgg verwies in der Sitzung im Dezember auf einen Bericht von Global 2000, wonach EU-weit Leitungswässer, darunter auch Quellwässer in Österreich bzw. in der Steiermark, mit der Ewigkeitsschemikalie TFA verseucht wären, verursacht durch PFAS-Pestizide. Sie wollte vom Bürgermeister wissen, ob es beim Trofaiacher Leitungswasser in diesem Zusammenhang bereits Untersuchungen gegeben habe bzw. ob eine gemacht werden könne.

Nun berichtete der Bürgermeister, daß am 15. Jänner eine Untersuchung der Wasserqualität durch das Institut AGROLAB Austria stattgefunden habe. „Selbstverständlich wurden auch die PFAS-Substanzen mitgeprüft. Alles befindet sich in Ordnung und wir liegen weit unter den Grenzwerten“, so Abl.

Automatische Indexerhöhungen

Die Müllgebühren-, die Wassergebühren-, die Kanal- und die Friedhofsordnung mußten vom Gemeinderat aus formalen Gründen neu beschlossen werden, weil das Land die von der Gemeinde gewählte Formulierung für die jährliche automatische Indexierung bemängelte. Dagegen stimmte die KPÖ. Gabi Leitenbauer-Murgg: „Wir stimmen dagegen, weil die Gebühren für Wasser, Müll, Kanal und Friedhof in Trofaiach sowieso schon zu hoch sind und weil wir weiterhin gegen die automatischen jährlichen Indexerhöhungen sind!“ Die neue Formulierung

wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen. Die KPÖ stimmte dagegen.

SPÖ mußte Grundstücksverkauf absetzen

Die Besitzer des Golfplatzes in Gai sind an die Gemeinde herangetreten, um ein 3.146 m² großes Grundstück, welches im Eigentum der Gemeinde ist, zu kaufen. Der betroffene Weg gehe mitten durch den Golfplatz und ende in einer Sackgasse. Es sei kein öffentliches Interesse am Weg gegeben, weshalb das Grundstück um 7.550 Euro verkauft werden soll, argumentierte die SPÖ. Dem konnten sich KPÖ, ÖVP und FPÖ nicht anschließen. Drei Bauern würden durch den beabsichtigten Verkauf Probleme bei den Zufahrtswegen im Zusammenhang mit ihrer landwirtschaftlichen Nutzung und Viehhaltung bekommen. Laut Bernd Kaufmann (KPÖ) gäbe es auch einen seinerzeitigen Bescheid der BH Leoben, wonach die Aufrechterhaltung dieser Verkehrswege zur wirtschaftlichen Nutzung durch die Gemeinde gewährleistet sein müsse. KPÖ, ÖVP und FPÖ stellten den Antrag, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und eine neue Ausschusssitzung mit allen Betroffenen einzuberufen. Da die SPÖ für diesen Verkauf eine Zweidrittel-Mehrheit benötigte, war Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) gezwungen, den Antrag der Opposition anzunehmen und den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Zwischenzeitlich wurde der Verkauf von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen. Nur die KPÖ stimmte dagegen.

Sie suchen nach Ihrem Wohntraum oder möchten Ihre Immobilie erfolgreich verkaufen?

Als erfahrene Immobilien-Experten stehen wir Ihnen mit Fachwissen, Kompetenz und persönlicher Betreuung zur Seite.

Profitieren Sie von unserer langjährigen Erfahrung und unserem großen Netzwerk.

Kontaktieren Sie uns noch heute und lassen Sie uns gemeinsam Ihre Immobilienwünsche verwirklichen!

Jetzt kostenloses Erstgespräch vereinbaren.



Wolfgang Wilding



M +43 664 39 51 740 | T +43 3842 48 150
w.wilding@remax-tradition.at | www.remax-tradition.at
Waasenplatz 1 | 8700 Leoben

K O M M E N T A R

Die Stimmen, die die Pflege reformieren wollen, nehmen in letzter Zeit verdächtig zu. Dabei geht es aber nicht um notwendige Verbesserungen. Vielmehr sollen Entlastungen für Angehörige und Verbesserungen für die Beschäftigten wieder zurückgenommen werden. Wir erinnern uns: Vor fast zwei Jahrzehnten wurde auch auf Druck der KPÖ im Landtag der unselige Angehörigenregreß abgeschafft. Sie können nun nicht mehr zur Zuzahlung zu den Pflegekosten verpflichtet werden. Dieser Angehörigenregreß hat in vielen Fällen bedeutet, daß das Land Steiermark ins

Grundbuch von Wohnungen oder Einfamilienhäusern gegangen ist, wenn die Angehörigen die Pflegekosten nicht stemmen konnten. Damit ist nun glücklicherweise Schluß. Geht es nach dem zuständigen Landesrat Karlheinz Kornhäusl (ÖVP) soll zumindest über die Wiedereinführung nachgedacht werden. Auch aus der SPÖ sind solche Stimmen zu vernehmen. Der Leobener Bürgermeister und Obmann des Steirischen Städtebundes Kurt Wallner denkt ähnlich. Beide machen sich auch dafür stark, die 13. und 14. Pension gleich zu behandeln, wie die übrigen zwölf Monate. Das heißt: Den Pflegeheimbewohnern bleiben

Hände weg von der Pflege!

dann von diesen Sonderzahlungen nur mehr 20 Prozent und nicht mehr der volle Betrag. Ein Wahnsinn! Verstehen diese Herrschaften nicht, daß damit oft Friseur- und Fußpflegeleistungen oder der Einbettzimmerzuschlag gezahlt werden. Diesen könnten sich Pflegeheimbewohner mit kleineren Pensionen anders gar nicht leisten. Gleichzeitig warten die Beschäftigten der Pflegeheime, vor allem in der Steiermark, immer noch auf eine merkbliche Entlastung. Der Personalschlüssel ist gegenüber Wien bei uns viel schlechter. Natürlich stöhnen die Gemeinden – sie zahlen vierzig Prozent der Pflegekosten – unter den steigen-



Gabi Leitenbauer-Murgg
KPÖ-Vizebürgermeisterin
Tel. 038 42 / 22 670

den Belastungen. Der Ausweg aus diesem Dilemma darf aber nicht zu neuerlichen Belastungen der Pflegeheimbewohner und deren Angehörigen führen. Vielmehr müssen die Gemeinden endlich beim Finanzausgleich die Mittel bekommen, die sie tatsächlich brauchen. Hier müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, statt neue Belastungspakete zu erfinden!



BELLAGGIO
GELATERIA



Im Leoben City Shopping
Montag bis Freitag 7:30 bis 19:00
Samstag 7:30 bis 18:00



Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung vom 26. März 2026

Volkshilfe übernimmt Betreutes Wohnen



Im Jahr 2010 hat die Gemeinde mit der Diakonie Österreich einen Betreibervertrag für das Betreute Wohnen in der Hauptstraße 68 abgeschlossen. Die KPÖ begrüßte damals die Möglichkeit des Betreuten Wohnens in unserer Stadt, kritisierte aber, daß die Diakonie von den Bewohnern eine nicht rückzahlbare Einstandsgebühr von 1.800 Euro verlangte. Außerdem waren die Betreuungsleistungen für Menschen mit geringem Einkommen ihrer Meinung nach viel zu teuer. Nun wurde der Vertrag aufgelöst und ein neuer Vertrag mit der Volkshilfe einstimmig beschlossen. Gabi Leitenbauer-Murgg:

„Diesmal können wir zustimmen, die Einstandsgebühr von 1.800 Euro wird nicht mehr verlangt. Auch die Höhe der Eigenleistung für die Betreuungsleistungen ist in Ordnung. Eine Mindestpensionistin zahlt beispielsweise null Euro an Eigenleistung.“

Keine Verschlechterung bei Pflege-Personalschlüssel

In einem weiteren Antrag forderte die KPÖ, der Gemeinderat solle eine Petition ans Land beschließen, um einer vom zuständigen Landesrat Karlheinz Kornhäusl (ÖVP) in den Raum gestellte Verschlechterung des Personalschlüssels in der Pflege entgegenzutreten. Gabi Leitenbauer-Murgg: „Was derzeit



Fürstenhäuser/Riedgasse: noch immer kein Glasfaseranschluß

KPÖ-Gemeinderat Bernd Kaufmann brachte wieder den immer noch fehlenden Glasfaseranschluß bei den Fürstenhäusern/Riedgasse zur Sprache: „Leider ist hier noch immer nichts geschehen. In der Zwischenzeit warten

schon 13 Familien auf den Anschluß. Wann bekommen sie ihre Anschlüsse?“ Der Bürgermeister teilte mit, daß die ÖGIG anscheinend nicht bereit sei, einen Kompromiß zu finden. „Der Vorschlag der Gemeinde, zwei bis drei Querungen in der Riedgasse zu genehmigen, wurde von der ÖGIG nicht angenommen, sie wollen 10 bis 12 Querungen.“

in der Steiermark über die Personalausstattung in Pflegeheimen diskutiert wird, ist mehr als eine technische Frage. In der Steiermark gibt es 15.000 Pflegeheimbewohner, die eine Kürzung des Pflegeschlüssels direkt zu spüren bekämen. Das würde auch unser Pflegeheim Verbena in Trofaiach treffen. Für die

Landespolitik stehen die Personalkosten im Vordergrund, ohne an die Konsequenzen zu denken. Was kostet es, wenn Menschen nicht mehr gut versorgt sind, was kostet es, wenn Pflegekräfte ausbrennen?“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ angenommen, FPÖ und ÖVP stimmten dagegen.

LE-LAUFEVENT

www.le-laufevent.at

SAMSTAG 2026
19. SEPTEMBER
HAUPTPLATZ LEOBEN



powered by  ERZBERG LEOBEN

... das **coole** Laufevent Mitte September im



von Leoben

Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 15. Juni 2026

Stadtparkfest, gMein-Bus und Rebenburggasse

Für das Stadtparkfest am 5. September wurden für die Bereitstellung von Security-Personal 2.536 Euro freigegeben, für Städtische Bauhofleistungen 22.000 Euro. Für den Adventmarkt im Schloß Stibichhofen wurden der Ankauf von 20.000 Pappbecher in Höhe von 3.816 Euro und Bauhofleistungen von 28.000 Euro beschlossen.

Weitere gMein-Bus Beauftragung für Firma Fraiß

Dienstleistungsverträge können bis zu einem Auftragswert von 140.000 Euro per Direktvergabe vergeben werden und bedürfen keiner Ausschreibung. Die Firma Fraiß aus St. Peter Freienstein bekommt abermals für ein weiteres Jahr den Auftrag für den gMeinBus.

Die Feuerwehren werden unter anderem durch sogenannte Pager alarmiert. Diese sind bei allen fünf Feuerwehren veraltet und werden deshalb erneuert. Die

Anschaffung der Alarmierungsanlagen in Höhe von insgesamt 6.876 Euro wurden genehmigt.

Um die Sicherheit in der Sportstätte Rebenburggasse und dem angrenzenden Kin-

dergarten zu gewährleisten, müssen die Zaunanlage und der Ballfangzaun saniert werden. Die Kosten von 18.112 Euro wurden freigegeben.

Der Bauhof bekommt ein verzinktes Palettenregal, ei-

nen Elektro-Hochhubwagen und eine neue Klimaanlage für den Serverraum; Kostenspunkt 10.828 Euro.

Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.



DAS PFANDHAUS

PFANDLEIHE & GOLDANKAUF

**SOFORT
GELD
IN BAR**



**Seriöse, verlässliche
PFANDLEIHE**



Schnelle Hilfe in finanziellen Engpässen – diskret, flexibel und unkompliziert.



**Experte für
GOLDANKAUF**



Wir kaufen Ihr Gold in jeder Form: Schmuck, Münzen, Barren, Zahngold, Altgold u.v.m.



**Ankauf von
LUXUSUHREN**



Wir kaufen hochwertige Luxusuhren aller bekannten Marken.



**JETZT GRATIS SCHÄTZUNG
IM PFANDHAUS**

- ✓ Kostenlose und unverbindliche Bewertung
- ✓ Sofort Bargeld vor Ort
- ✓ Diskrete und seriöse Abwicklung



FAIRE PREISE
Transparente und marktgerechte Bewertung.



SCHNELL & UNKOMPLIZIERT
Sofortige Abwicklung ohne lange Wartezeiten.



DISKRET & VERTRAULICH
Absolute Diskretion ist für uns selbstverständlich.



ERFAHREN & VERLÄSSLICH
Langjährige Erfahrung und kompetente Beratung.



www.pfandhaus-leoben.at



Das Pfandhaus
Waasenplatz 1
8700 Leoben



0660 / 790 10 36
Wir sind für Sie da!

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17.

Verantwortlicher Chefredakteur: Gabi Leitenbauer-Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 13. April 2026

Feuerwehr bekommt Katastrophenschutzüberdachung, Straßensanierungen um knapp 500.000 Euro

Aufgrund der immer häufiger vorkommenden Unwetterereignisse bekommt die Feuerwehr Trofaiach auf ihrem Grundstück in der Rötzbachgasse eine Katastrophenschutzüberdachung. Diese soll unter anderem zur Unterbringung der neuen Sandsackfüllmaschine dienen. Von den Kosten in Höhe von 68.000 Euro übernimmt die Gemeinde 10.000 Euro.

Ein Teilstück der Trabocherstraße, zwei Teilstücke der Bahnhofstraße und die Dr. Ehrlich Straße müssen saniert werden. Aufträge nach Ausschreibungen im nicht offenen Verfahren in Höhe von insgesamt 493.019 Euro wurden vergeben.

Firma Kortschak bekommt Lizenz

Die Gemeinde betreibt seit langem einen Werbemittelshop. Um den orga-

nisatorischen Aufwand und um die für die vertriebenen Produkte notwendige Lagerhaltung in Zukunft zu vermeiden, wird die Firma Kortschak berechtigt, Produkte unter Verwendung der Stadtmarke zu entwickeln, herzustellen und zu vertreiben. Ein Lizenzvertrag mit der Firma Kortschak wurde beschlossen. Alle diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Straßenmarkierungs-

material für Bodenmarkierungen im Gemeindegebiet wird angekauft und die notwendigen Markierungen werden durchgeführt. Dafür wurden insgesamt 15.200 Euro freigegeben. Bis auf eine Ausnahme einstimmig, KPÖ und FPÖ waren gegen die Erneuerung der unnötigen „Stricherlmarkierung“ in der Begegnungszone in der Hauptstraße.

Busterminal-Dach wird saniert

Im Jahr 2018 wurde das neue Busterminal in der Hauptstraße errichtet. Das Dach ist nun aufgrund von Wassereintritten stark sanie-

rungsbedürftig. Der Auftrag für die Dachsanierung in Höhe von 10.155 Euro wurde vergeben.

Nachdem die Möbel in der Rosegger Volksschule teils über 40 Jahre alt sind, werden für sieben Klassen neue Schränke und Klassenzimmermöbel angekauft. Die Neue Mittelschule in der Gößgrabenstraße bekommt einen neuen Gruppenraum und neue Sessel für den Musikraum. Die Kosten dafür von insgesamt 50.093 Euro wurden freigegeben. Ebenso die Aufträge für Akkustikmaßnahmen in der Peter Rosegger Volksschule in Höhe von 27.720 Euro.

Auch diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Gösser Zitronenradler Die beste Erfrischung mit wenig Alkohol

Wer nach einem erfrischenden Getränk mit wenig Alkohol sucht, wird mit dem Zitronenradler von Gösser zufrieden sein. Der Zitronenradler ist unter vielen anderen Bierspezialitäten nun auch im Gösser-Bräu Leoben vorrätig. Bei diesem Erfrischungsgetränk verschmelzen vollmundiges Gösser Bier und natürlicher Zitronensaft zu einem einmaligen Biergenuß. Der echte Zitronensaft verleiht dem Zitronenradler auch seine leichte Trübung. Gösser verzichtet traditionell auf künstliche Zusatzstoffe. Mit 8,7° Stammwürze und lediglich 2,0% Alkohol ist der Gösser Naturradler Zitrone ein einzigartiger Durstlöcher mit harmonischem Geschmack.



Berichtigung

In der letzten Ausgabe der Trofaiacher Nachrichten von März 2026 ist uns beim Bericht über die Ortsbildförderung ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Die Renovierung der Fassade eines Wohngebäudes am Roßmarkt wurde nicht mit 12.804 Euro gefördert, sondern lediglich in Höhe von 1.280,38 Euro.



Gösser

BRÄU

LEOBEN

- FESTSAAL
- KEGELBAHN
- PARTYRAUM
- GASTGARTEN
- SEMINARRAUM
- CATERING



03842 28 530



www.gösserbräu-leoben.at



Turm-gasse 3, 8700 Leoben



office@gösserbräu-leoben.at



Montag bis Sonntag: 10 bis 22 Uhr
Mittwoch Ruhetag

Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 11. Mai 2026

Sternhaussiedlung: neuer Bebauungsplan und Umwidmung

In der Stadtratssitzung im März wurde einstimmig der Auftrag an den Raumplaner vergeben, den in den 90er Jahren von der Gemeinde Gai erstellten Bebauungsplan abzuändern; statt vier sollen nur mehr drei Sternhäuser mit größeren Abmessungen errichtet werden. Statt des vierten Hauses sollen Abstellflächen für Fahrzeuge entstehen.

Um noch weitere zusätzliche Besucherparkplätze in der Fortsetzung der Langfelderstraße in Richtung Gimplach zu schaffen, beschloß der Stadtrat nun einen weiteren Auftrag an das Raumplanungsbüro zu vergeben: die Durchführung einer Flächenwidmungsplanänderung von knapp 200 m² von derzeit Freiland mit landwirtschaftlicher Nutzung in Verkehrsflächen. Dagegen stimmte die KPÖ. Gabi Leitenbauer-Murgg:

„An mich haben sich Bewohner der Sternhaussiedlung gewandt, die mit einer Änderung des Bebauungsplanes überhaupt nicht einverstanden sind. Hätte ich im März gewußt, daß es schon seit langem Wider-

stand gegen diese Änderung gibt, hätte ich damals diesem Beschluß nicht zugestimmt. Die Gemeinde hat es verabsäumt, uns davon zu informieren. Durch die Änderung würden sich für die Anrainer viele Probleme ergeben. Unabhängig davon besteht die Gefahr, daß dort in Zukunft noch weitere landwirtschaftlich genutzte Flächen zu Verkehrsflächen oder Bauland umgewidmet werden.“ Leitenbauer-Murgg stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und die im März beschlossene Beauftragung zur Änderung des Bebauungsplanes zu stoppen. Zusätzlich soll ein Ausschuß einberufen werden, wo über eine neue, für alle annehmbare Lösung

diskutiert werden kann. Der Antrag der KPÖ wurde von SPÖ und FPÖ abgelehnt, der Antrag der SPÖ auf Umwidmung wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen. Die KPÖ stimmte dagegen.

Stainacherweg: Rechtsanwalt wird eingeschaltet

Es gibt einen Rechtsstreit zwischen der Gemeinde und den Projektbetreibern der Bebauung Stainacherweg. Derzeit ist ein Verfahren beim Landesverwaltungsgericht anhängig, bei welchem die Frage der Rechtmäßigkeit der Bebauungsplanverpflichtung für Grundstücke am Stainacherweg geprüft wird. Nun wurde von SPÖ und FPÖ beschlossen, in allen Rechtsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Bebauung Stainacherweg den Grazer Rechtsanwalt Dr. Neger zu beauftragen. Dagegen stimmte die KPÖ. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi

Leitenbauer-Murgg: *„Nachdem ich in der Sitzung im Dezember gegen den Auftrag zur Erstellung eines Bebauungsplanes gestimmt habe, weil eine im Jahr 2021 vom Stadtrat in Auftrag gegebene Untersuchung eine Instabilität des Hanges nicht ausgeschlossen hatte, bin ich gegen eine Bebauung und konsequenterweise auch gegen diesen Beschluß.“*

Bebauungsplan Schardorf

Grundstücke mit einer Fläche von insgesamt 11.609 m² wurden in den letzten Jahren in Schardorf von landwirtschaftlich genutztem Freiland in Bauland umgewidmet. 3.333 m² davon noch von der Gemeinde Gai, 8.276 m² nach der Fusion von Trofaiach. Die KPÖ stimmte seinerzeit als einzige Partei gegen diese Umwidmung. Nun wurde für die Grundstücke der Auftrag zur Erstellung eines Bebauungsplanes „Schardorf/Dr. Wacker“ an ein Grazer Raumplanungsbüro erteilt. Das wurde von SPÖ und FPÖ beschlossen. Gabi Leitenbauer-Murgg: *„Ich halte es nach wie vor für einen Wahnsinn, dieses wunderschöne Gebiet weiter zu verbauen!“* Die KPÖ stimmte auch hier als einzige Fraktion dagegen.

Für den Trofaiacher Kultursommer wurden für diverse Musikergagen und Bauhofleistungen Aufträge in Höhe von 14.820 Euro vergeben.

Für ein Fotostudio in der Hauptstraße und ein Radgeschäft in der Luchinettigasse wurde ein Mietenzuschuß von je 4.800 Euro gewährt. Das wurde einstimmig beschlossen.



Hier sollen drei neue Sternhäuser errichtet werden.

Kommentar

Systemkritik von Innen oder wie im kleinen Politikverdrossenheit entsteht!

Kürzlich haben mich Bekannte auf ein facebook-Posting von unserem Bürgermeister Mario Abl aufmerksam gemacht, welches lautet: „Ich mische mich als Bürgermeister normalerweise nicht in Bundesangelegenheiten ein - schon gar nicht bei politischen Streitthemen. Aber irgendwann kommt der Punkt, an dem man Verantwortung übernehmen und auch klare Haltung zeigen muß. Denn eines wissen wir doch alle: So wie jetzt, kann es nicht weitergehen.“ Damit war meine Neugierde geweckt: Noch eine Aussage von Bürgermeister Abl: „Alle politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene müssen in allen Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß es eine gute Vernetzung zwischen den politischen Ebenen gibt und die Kommunen ausreichend Gehör finden.“ Zur Erinnerung: Mario Abl ist Mitglied

im Bundes- und Landespartei-
teivorstand der SPÖ.

Wenn Entscheidungsträger, die selbst Teil des etablierten Parteiapparates sind, die derzeitigen politischen Entscheidungen anprangern, ist das ein Problem. Politiker tätigen oft bewusst „populistische“ Aussagen, um sich von unpopulären Entscheidungen der eigenen Partei zu distanzieren. Das Signal an die Bürger ist folgendes: Ich bin zwar in dieser oder jener Partei, aber ich bin einer von Euch. Natürlich wird dabei verschwiegen, daß man in jedem wichtigen Gremium dieser Partei sitzt und für die Beschlüsse mitverantwortlich ist. Wenn Politiker, die in allen Gremien ihrer Partei von der Bundesebene abwärts sitzen, sich mit oben zitierten Statements an die eigenen Wählerinnen und Wähler wenden, um sich so für unpopuläre Entscheidungen ihrer Partei zu rechtfertigen, stimmt etwas nicht. Man

könnte das auch Selbstinszenierung ohne Inhalt nennen. Warum passiert so etwas?

Es gibt eine einfache Antwort: In den Jahren vor der Gemeinderatswahl wurde neben äußerst wichtigen Investitionen, das Geld für viele unnötige Dinge beim Fenster hinausgeschmissen. Jetzt wird das Geld knapp: Vor allem deshalb, weil der Bund den Gemeinden beim Finanzausgleich nicht die Finanzmittel zukommen läßt, die sie bei der Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen. Stichwort explodierende Personal- und Energiekosten durch stark gestiegene Inflation. Immer mehr Kommunen geraten in finanzielle Schwierigkeiten. Jetzt heißt es



Von Bernd Kaufmann
KPÖ-Gemeinderat

Sparen, Kürzen, Gebühren und Tarife erhöhen, auch in Trofaiach. Parteifunktionäre sollten den Mut haben in ihren Parteigremien aufzusteigen und zu sagen „Es reicht!“ Dort muß protestiert werden, nicht via facebook-Postings. Viele Menschen sagen schon lange „Es reicht!“

So entsteht Politikverdrossenheit.



KOSTENLOSE MIETER- BERATUNG

Die KPÖ bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

DAS PFANDHAUS

PFANDLEIHE & GOLDANKAUF

SOFORT
GELD
IN BAR

BIS ZU

10%

ÜBER TAGESKURS
BEIM GOLDANKAUF*

Goldschmuck • Münzen • Barren • Zahngold
Faire Preise und persönliche Beratung.



JETZT GRATIS SCHÄTZUNG IM PFANDHAUS

- ✓ Kostenlose und unverbindliche Bewertung
- ✓ Sofort Bargeld vor Ort
- ✓ Diskrete und seriöse Abwicklung

PFANDLEIHE FÜR:



ELEKTRONIK
& TECHNIK



LUXUSUHREN



SCHMUCK
& GOLD



www.pfandhaus-leoben.at



Das Pfandhaus
Waasenplatz 1 | 8700 Leoben



0660 / 790 1036

*Aktion abhängig von Menge, Reinheit und Marktsituation.

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung Mai 2026

Gesundheit: Regierung läßt sich von Privatunternehmer beraten

FPÖ und ÖVP holen einen Berater an Bord, der beim öffentlichen Gesundheitssystem kürzen will und dort lange Zeit eigene wirtschaftliche Interessen verfolgte. Finanzlandesrat Willibald Ehrenhöfer (ÖVP) hat die nächste Runde im Kampf um Kürzungen eingeläutet – so sollen für das Budget 2027 weitere 205 Millionen Euro gestrichen werden.

Besonders bezeichnend ist dabei seine Aussage, man müsse „den Speck wegschneiden“ – eine Wortwahl, die deutlich macht, wie diese Landesregierung über soziale Sicherheit, Bildung, Wohnbauförderung oder die Gesundheitsversorgung denkt.

Über 100.000 Euro für Berater Köck

Zur Durchsetzung dieser Kürzungspläne wurden, offenbar ohne vorherige Abstimmung mit Landeshauptmann Kunasek (FPÖ), drei externe Berater beigezogen. Einer davon ist Gesundheitsökonom

Christian Köck. Dieser war bereits in der Vergangenheit in einen Beraterskandal im steirischen Gesundheitswesen verwickelt, der 2013 vom KPÖ-Abgeordneten Werner Murgg aufgedeckt wurde. Auch war Köck jahrelang eng mit privatwirtschaftlichen Interessen im Gesundheitssektor verflochten. Aus Sicht der KPÖ ist es inakzeptabel eine Person mit derartiger Vorgeschichte an Überlegungen zu weiteren Einschnitten im öffentlichen Gesundheitssystem zu beteiligen. Bemerkenswert, daß Köcks Gage mit über 100.000 Euro dreimal so hoch ist, wie die der anderen beiden Berater.

„Der Gesundheitsökonom Köck wurde beauftragt, weitere Einschnitte im Gesundheitssystem vorzubereiten und, wie Landesrat Ehrenhöfer sagt, den angesetzten ‚Speck wegschneiden‘. Wenn ich mir die monatlichen Wartezeiten auf Operationen, die fehlenden Kassenärzte und die am Limit arbeitenden Pflegekräfte ansehe, dann frage ich mich: Wo soll denn da noch Speck weggeschnitten werden?“; kritisiert KPÖ-Landtagsabgeordneter **Alexander Melinz**. Die KPÖ stellte den Antrag, von Christian Köck als Berater Abstand zu nehmen



Alexander Melinz, KPÖ:
„Mit Christian Köck als Gesundheitsberater machen wir den Bock zum Gärtner.“

und die Vereinbarung aufzulösen. Außerdem sollten bei externen Beratungen klare Regeln gelten, damit vertrauliches Wissen nicht für private Zwecke genutzt oder Entscheidungen beeinflusst werden können. FPÖ, ÖVP und Neos lehnten den Antrag allerdings ab.

Die häufigsten mietrechtlichen Fragen

Ich bekomme meine Kauti- on nicht zurück. Was kann ich tun?

Wurde die Wohnung ordnungsgemäß an den Vermieter zurückgegeben, muß der Vermieter die Kauti- on laut Mietrechtsgesetz (MRG) unverzüglich samt Zinsen zurückgeben. Ist der Vermieter der Meinung, daß Schäden durch den Mieter verursacht wurden, die von der Kauti- on in Abzug gebracht werden könnten, ist er verpflichtet, sich so rasch wie möglich darum zu kümmern, welchen Betrag er allenfalls einbehalten könnte. Dies alles sollte innerhalb weniger Werktage verfolgen.

Allerdings werden die Mieter oft über Wochen mit der Rücküberweisung der Kauti- on oder Übermittlung einer

Kautionsabrechnung hin- gehalten. Daher sollten die Mieter sofort den Vermieter schriftlich zur Zahlung der Kauti- on auffordern, wenn die Kauti- on nicht innerhalb einer Woche überwiesen wird. Sollte das nichts bringen, besteht die Möglichkeit bei der Schlichtungsstelle in Leoben oder für andere Gemeinden beim Bezirksgericht einen Antrag einzubringen.

Kann es sein, daß mein Mietzins zu hoch ist? Welche Möglichkeiten gibt es?

Bei vielen Mietverträgen im Altbau wird immer noch ein zu hoher Mietzins vereinbart, der bekämpft werden kann. Entweder über die Schlichtungsstelle oder beim Bezirksgericht. Ein kleiner Tipp: Prüfen Sie einmal selbst, ob

ihr Mietzins zu hoch sein könnte. Der derzeit geltende Richtwert beträgt netto 9,30 Euro. Ziehen Sie davon, wenn Ihr Mietverhältnis befristet ist, 25 Prozent ab, so ergäbe dies einen Zins von netto 6,98 Euro pro Quadratmeter. Liegt Ihr Zins darüber, sollten Sie aktiv werden.

In meiner Wohnung ist Schimmel, was tun?

Bei Schimmel in der Wohnung sollten Sie sofort tätig werden, da man da fast immer von einer Gesundheitsgefährdung ausgehen kann. Sie sollten den Schimmelbefall sofort beim Vermieter melden und die ordnungsgemäße Sanierung einfordern. Gleichzeitig sollten Sie dem Vermieter mitteilen, daß Sie den Mietzins nur mehr un-

ter Vorbehalt einzahlen, da Schimmelbildung grundsätzlich zur Mietzinsminderung berechtigt. Bleibt der Vermieter untätig, müßten Sie beim Bezirksgericht oder der Schlichtungsstelle einen Antrag auf Sanierung einbringen. Im Zuge des Verfahrens wird ein Sachverständiger die Wohnung begutachten und die notwendigen Schritte zur Sanierung festlegen. Bei Schimmel werden die Mieter oft mit dem Vorwurf konfrontiert, daß sie selbst an der Schimmelbildung schuld seien, da sie ein falsches Benutzerverhalten hätten, also zu wenig heizen und lüften würden. Dies stimmt in vielen Fällen nicht, da sehr oft Baumängel oder Feuchtigkeitsprobleme beim Haus vorhanden sind.

Moderne Heizsysteme mit Erfahrung und Kompetenz – Fink Installationen aus Leoben

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Firma Fink Installationen mit der Modernisierung von Heizungsanlagen und der Umsetzung effizienter Heizlösungen. Die Erfahrung aus vielen Jahren im Bereich Heizungstechnik ist die Grundlage für unsere individuelle Beratung und fachgerechte Umsetzung.

Seit mehreren Jahren liegt unser besonderer Schwerpunkt auf der Planung und Installation moderner Wärmepumpenanlagen. Unsere Mitarbeiter

sind bestens geschult und verfügen über das notwendige Know-how für die fachgerechte Montage sowie den professionellen Anschluss der Anlagen.

Die Planung einer neuen Heizlösung ist jedoch Chefsache: Harald Fink berät Sie persönlich als zertifizierter Wärmepumpenplaner – unabhängig davon, ob es sich um einen Neubau oder die Modernisierung Ihres bestehenden Gebäudes handelt.

Auf unserer Homepage finden Sie verschiedene Kontaktformulare für unterschiedliche Beratungsvarianten. So können Sie ganz einfach die für Sie passende Möglichkeit wählen – egal, ob Sie langfristig planen oder kurzfristig handeln müssen,



Harald Fink
Fink-Installationen GmbH

weil Ihre bestehende Heizungsanlage unerwartet ausgefallen ist.

Wir sind Ihr Ansprechpartner für moderne, effiziente und zukunftsorientierte Heizsysteme. Gemeinsam mit unserem langjährigen Partner Windhager können wir individuelle Lösungen realisieren und Ihre Wünsche rund um Wärme und Komfort umsetzen.

Kontaktieren Sie uns – wir beraten Sie gerne persönlich und finden gemeinsam die passende Heizlösung für Ihr Zuhause.

Fink Installationen
Pestalozzistraße 63
8700 Leoben
harald@fink-installationen.at
+43 664 / 849 1300

<https://fink-installationen.at>

windhagernxt
BEST HEATPUMP TECHNOLOGY



JETZT
UMSTEIGEN,
FÖRDERUNG
SICHERN UND
EFFIZIENT HEIZEN
UND KÜHLEN!

DIE BESTE
WÄRMEPUMPE
KOMMT VOM

PROFI.

windhagerNXT.com

JETZT FÖRDERUNG SICHERN BEI IHREM HEIZUNGSPROFI:

FINK



Installationen GmbH

Pestalozzistraße 63, 8700 Leoben
Tel 03842 / 21 4 84, Fax 03842 / 21 4 84 - 14
www.fink-installationen.at, office@fink-installationen.at

Wir beraten Sie ...

≡ Badgestaltung

▲ Heizung

☀ Alternativenenergien

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung Juni 2026

Realitätsferne Pflegepolitik: ÖVP-Landesrat plant weitere Belastungen für Heimbewohner

Daß der Pflegebereich vor großen Herausforderungen steht, ist seit Jahren bekannt: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt kontinuierlich, gleichzeitig fehlen Pflegekräfte, während hohe Belastungen, zunehmender Arbeitsdruck und eine starke Fluktuation die Situation weiter verschärfen.

Umso befremdlicher ist die Prioritätensetzung von Gesundheitslandesrat Karlheinz Kornhäusl (ÖVP). „Anstatt endlich nachhaltige Maßnahmen zur Entlastung des Personals und zur langfristigen Absicherung der Pflege vorzulegen, bringt der Landesrat nun ernsthaft ins Spiel, die Pflegeheimbewohner stärker zur Kasse zu bitten. Seiner Meinung nach sollen künftig Kostenbeiträge aus dem Urlaubsgeld eingehoben werden. Wer die Finanzierung der Pflege auf dem Rücken älterer und pflegebedürftiger Menschen sichern will, hat den moralischen Kompass endgültig verloren“, kritisiert Claudia Klimt-Weithaler (KPÖP).

Folgen der Kürzungspolitik: FPÖ will Augen verschließen

Die Sozialpolitik von FPÖ-Landesrat Hannes Amesbauer hat nach einem

guten Jahr bereits massive Einschnitte für viele Menschen gebracht. Hat die FPÖ versucht, die Kürzungen damit zu verkaufen, daß sie vor allem Ausländer betreffen würden, so zeigt sich mittlerweile, daß in großer Mehrheit Österreicher die Leidtragenden sind. So ist ein Effekt der Abschaffung der Inflationsanpassung der Wohnunterstützung, daß Mindestpensionisten jetzt sogar weniger Wohnunterstützung pro Monat bekommen. Und das bei weiter steigenden Wohnkosten!

Hitzebelastung: KPÖ will Einbau von Klimaanlage erleichtern

Die letzten Wochen haben eine enorme Hitze in die Steiermark gebracht. Vor allem ältere Menschen und Menschen, die viel Zeit zuhause verbringen müssen, leiden stark darunter. Eine Klimaanlage kann Abhilfe

schaffen. Wenn man aber nicht in einem Einfamilienhaus wohnt, sondern in einer Eigentums- oder Mietwohnung, ist es nicht leicht, die dafür nötigen Genehmigungen zu bekommen. Bewohner müssen sich dort oft mit mobilen Klimaanlage begnügen, die weniger effektiv sind und mehr Energie verbrauchen als sogenannte „Split-Anlagen“, die an der Wand angebracht werden. Eine gesetzliche Privilegierung ermöglicht, daß sich der Einbau einer Heizung deutlich leichter durchsetzen läßt als sonstige bauliche Änderungen. Für Klimaanlage gilt das allerdings nicht. Die KPÖ forderte vom Bund, für Klimaanlage ebenso diese Erleichterungen zu schaffen. Der KPÖ-Antrag wurde allerdings von FPÖ, ÖVP und Neos abgelehnt.

Gesundheit: Fehlentscheidungen seit vielen Jahren

Die SPÖ – nunmehr in Opposition – kritisierte in der Landtagssitzung die Gesundheitspolitik des Landes. Es stimmt, daß sowohl im

Bereich der niedergelassenen Ärzte als auch in der Pflege große Mängel vorherrschen. Auch die Tendenz zum Abbau von Krankenhausbetten und die Schließung von Krankenhaus-Stationen hat sich unter der neuen Landesregierung von ÖVP und FPÖ nicht geändert. Eines vergißt die SPÖ allerdings: Noch in Regierungsfunktion haben sie allen Plänen, die diese Kürzungen und den Rückbau der Gesundheitsversorgung vorgezeichnet haben, durchwegs zugestimmt. „Wenn die SPÖ nun vor einem Gesundheits- und Pflegenotstand warnt, dann muß man schon dazusagen: Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Der Regionale Strukturplan Gesundheit – also die zentrale Grundlage für Planung und Steuerung der Gesundheitsversorgung – wurde über viele Regierungsperioden hinweg von SPÖ und ÖVP gemeinsam beschlossen und mitgetragen“, stellte Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) klar. Leider hat die SPÖ die guten Ideen immer erst, wenn sie in der Opposition ist...

LE-LAUFEVENT

www.le-laufevent.at

SAMSTAG 2026

19. SEPTEMBER

HAUPTPLATZ LEOBEN



66 Minuten
von Leoben



AT&S 3er
Staffel



LCS
Kinderlauf



Nordic
Walking

powered by 




von Leoben

... das **coole** Laufevent Mitte September im



voestalpine
ONE STEP AHEAD.



GRAWE



B&B
PAPER SOLUTIONS



AT&S



Montanuniversität
Leoben



KNAPP



RHI MAGNESITA



LCS



Leoben

„Pressefreiheit“ – EU-Propaganda vs. Realität

Die von keinem EU-Bürger jemals gewählte Europäische Kommission veranstaltete im Mai eine europaweite Werbekampagne für mehr Demokratie. Wer die darin enthaltene Ironie nicht erkennen will, dem wird auch egal sein, daß für diese vollkommen an den Lebensrealitäten der unter der massiven Teuerung leidenden Menschen vorbeigehenden Plakataktion satte 33 Millionen Euro an Steuer-geld verbraten wurden.

Unter dem Motto „Schützen was uns wichtig ist“ plakatierete man Sujets, welche die Meinungs- oder Pressefreiheit und die Freiheit der Wissenschaft in Europa betonten. Das ist natürlich reine EU-Propaganda, bemerkt doch der aufmerksame Beobachter derzeit eine Reihe von Verschlechterungen gerade dieser Freiheiten durch die europäischen Eliten. Ein Beispiel wäre die Ausweitung der Völkerrechtswidrigen Sanktionen auf EU-Bürger, deren Meinung sich eben nicht mit jener der Herrschenden in Brüssel deckt. Seit 2022 und verstärkt seit dem 20. Mai 2025 werden nämlich auch EU-Bürger sanktioniert und damit all ihrer Rechte beraubt. Selbst die Hilfeleistung durch Angehörige oder Freunde steht unter Strafe. Journalisten, die kritisch gegenüber Brüssel berichten, werden zunehmend sanktioniert. Einem deutschen Journalisten beispielsweise wurden die Konten gesperrt und sogar die Krankenversicherung gestrichen. Zugleich wird gegen das freie Internet vorgegangen. Wie die *Berliner*

Zeitung aufdeckte, gibt es ernsthafte Überlegungen, die Verschlüsselung durch sogenannte VPN-Dienste zu unterbinden. Besonders pikant: derartige VPN-Verschlüsselungen sind gerade in Diktaturen eine wichtige Möglichkeit, ungehindert an Informationen zu kommen oder ohne staatliche Überwachung ins Ausland zu kommunizieren.

Pressefreiheit a la Brüssel

Wer auf Linie ist, wird gefördert, wer sie hinterfragt, wird sanktioniert. Damit stehen wichtige Fundamente der bürgerlichen Demokratie auf der Abschußliste just jener Bürokraten, die sich für die angebliche Verteidigung dieser Freiheiten feiern lassen. Auch *Reporter ohne Grenzen* kritisiert die zunehmenden autokratischen Tendenzen in Europa. Gesetze gegen Terrorismus und Spionage sowie zur massenhaften digitalen Überwachung würden zunehmend Freiheitsrechte einschränken. Zum Abschluss lohnt noch ein näherer Blick auf die Werbekampagne „Schützen was uns wichtig ist“. Denn



wer sich ansieht, was unter „Schützen was uns wichtig ist“ bei der offiziellen Homepage der EU aufgeführt ist, findet sich plötzlich in einer alternativen Realität. Da geht es nicht mehr um die Pressefreiheit oder die Meinungs-vielfalt in Europa, es stehen plötzlich Kampfbomber und maskierte Männer mit Maschinenpistolen im Blickfeld.

Ergänzt wird die martialische Seite mit Jubelinformationen darüber, dass die EU-Staaten bis 2030 unglaubliche 800 Milliarden zusätzlich(!) in die Rüstung investieren wollen. Unter dem Vorwand, die Pressefreiheit zu schützen, werden so hunderte Milliarden Euro in die Rüstungs-industrie und die Kriegsfähigkeit der EU gepumpt.



Die gute Wahl für Ihre gesunde Ernährung



2 halbe Grillhendl
mit 2 Salaten
nur € 17,90

Angebot nur mit diesem Gutschein erhältlich
Angebot gültig bis 31.08.2026

Ersparnis € 7,10

GUTSCHEIN
GUTSCHEIN

- Im LCS gegenüber Eurospar
- Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben
- Langfelder Str. 3, 8793 Trofaiach

Unsere steirischen Hendl
aus Bodenhaltung

Nährwerte
Pro 100g200-230kcal
Hochwertige Eiweiße, sehr gut verdaulich
Fettgehalt stark reduziert durch sorgsames grillen

HIGH
PROTEIN
LOW CARB

Allergiefrei
Laktosefrei
Glutenfrei

Meinung

EU-Propaganda

Unter der Losung „Schützen was uns wichtig ist“ betreibt die EU gerade eine EU-weite millionenteure Plakatpropaganda, von der auch Österreich nicht verschont blieb. Wohlgemerkt: Was uns wert ist oder sein sollte, schützt die EU schon lange nicht mehr, ganz im Gegenteil: Auf Geheiß der EU-Sparpläne müssen die Pensionen runter, die Ausgaben für Gesundheit gekürzt werden und Soziales darf untergehen, während die strikten Budgetregeln für die Aufrüstung plötzlich nicht mehr gelten. Jetzt schützt die EU angeblich die „Freie Presse“ und die „Freie Wis-

senschaft“. Schauen wir uns an, was tatsächlich passiert. Einem konservativen, blitzgescheiten Mathematikprofessor wird vom Uni-Senat eine Ehrung verweigert, weil er in der Vergangenheit zum Klimaschutz oder zu Postkolonialismus-Studien eine dem Zeitgeist unliebsame Meinung geäußert hat. Wie schaut es im größten EU-Land mit der Freiheit der Wissenschaft aus? Zahlreichen Wissenschaftlern wurde die Lehrbefugnis an Universitäten entzogen, weil ihre in die Öffentlichkeit getragene Meinung nicht dem EU-Narrativ entsprach. Ulrike Guerot oder Patrick Ba-

ab sind bekannte Fälle. Und die Freie Presse? Journalisten und Buchautoren stehen als EU-Bürger oder Schweizer auf den Sanktionslisten der EU, weil sie in den Fragen Ukraine-Krieg oder Gaza das herrschende Narrativ verletzt haben. Wenn sie Berichte des Fernsehsenders RT in Österreich verbreiten, laufen Sie Gefahr sich strafbar zu machen. Das Ganze hat tiefere Ursachen. Sie liegen in einer EU-weiten Umdeutung des Begriffes „Demokratie“. Während Österreich jahrzehntelang eine parlamentarische Demokratie war, sind wir heute eine liberale Demokratie westlicher Werte. Eine

andere Demokratie darf und soll es nicht mehr geben. Die hartnäckige Verknüpfung des Begriffes Demokratie mit liberal, die uns laufend gepredigt wird, ist aber im Kern unzulässig. Ein Staat ist eine soziale Ordnung, ein Gemeinwesen, zu dem jeder seinen Beitrag leisten sollte. Den liberalen „Demokratiewächtern“ geht es nicht um den Anspruch, ein gemeinsames(!) Wohl zu erkämpfen, es geht in der liberalen Demokratie nur mehr um individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, bei denen der Staat möglichst wenig stören sollte. Auch hier hat die neoliberale Ideologie gesiegt. W.M.

Trachten FEILER: In Tracht durch den Sommer

Der Sommer ist da und mit ihm die schönste Zeit um Tracht zu tragen. Bei Trachten Feiler in Trofaiach finden sie alles, was das Herz begehrt – von luftigen Sommerkleidern über Dirndl bis hin zu festlicher Mode und Hochzeitskollektionen.

Eine schöne Sommerzeit wünscht das Trachten Feiler Team.



In den heißen Sommertagen ist die kurze Lederhose das perfekte Kleidungsstück für Groß und Klein.

Besonders stolz ist man auf das Trofaiacher Alltagsdirndl, das es nun auch für die kleinen Trachtenliebhaber gibt – so wird der Partnerlook perfekt.

Lassen Sie sich vom kompetenten Team beraten, das Ihnen

mit Rat und Tat zur Seite steht und sich auf Ihren Besuch freut.

Ein weiterer Pluspunkt ist der hauseigene Service: Sollte ein Kleidungsstück einmal nicht perfekt passen, werden Änderungen direkt vor Ort vorgenommen, damit alles wie angegossen sitzt.

Entdecken sie jetzt die Magie bei Trachten Feiler und finden Sie das perfekte Outfit für einen unvergesslichen Sommer für Groß und Klein.

Was uns ein- und auffällt...

...daß die steirische FPÖ-ÖVP-Landesregierung offenbar den Bock zum Gärtner macht. Wie sonst wäre es möglich, daß Christian Köck zu einem **Berater für Gesundheitsfragen** auserkoren wurde. Ein Köck, der selbst mit seinen Firmen das Gesundheitswesen über viele Jahre als Gewinnquelle benutzte.

...daß die ÖVP-SPÖ-Neos-Regierung das **Online-Glücksspiel** liberalisieren will. Ganz im Sinne der neoliberalen Deregulierung soll das Monopol der Casinos Austria fallen und an Private Lizenzen vergeben werden. Ganz nach dem Motto: Was kümmern uns die durch

Glücksspielsucht vernichteten Existenzen, hauptsächlich der Deregulierung wird Genüge getan.

...daß die **Loch-auf-Loch-zu-Politik** der ÖVP-SPÖ-Neos Bundesregierung neue Scharlatanerien für die Bevölkerung bereithält.

Weil einige Lebensmittel um ein paar Cent billiger werden dürfen die Österreicherinnen und Österreicher ab Herbst für Pakete zwei Euro mehr zahlen. Über diesen Bürgerpflanz wurde monatelang beraten...

TRACHTEN FEILER



Durch den
Sommer mit
Tracht



Diese Aufkleber können bei der KPÖ bestellt werden:
Tel. 03842 / 22 670



Langefelderstraße 2, 8793 Trofaiach, Tel. 03847/2308, www.trachten-feiler.at
Di – Fr: 9:00 – 12:30 & 15:00 – 18:00 Uhr, Sa 9:00 – 12:00 Uhr

Meinl-Reisinger probt den Verfassungsbruch

Die Außenministerin Österreichs, Beate Meinl-Reisinger von den NEOS, ist einmal mehr Wegbereiterin für Aufrüstung und Kriegspropaganda. In einem Podcast erklärte sie, in Europa gäbe es keine Neutralität, sondern Solidarität. Bereits bei einer Veranstaltung zum sogenannten „Europatag“ Anfang Mai forderte die Außenministerin, daß Europa eine Weltmacht werden müsse. Dazu weiß sie auch, was nötig ist: gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern, der Aufbau einer EU-Rüstungsindustrie und konsequenterweise eine gemeinsame europäische Armee.

Und gleich in einem Aufwaschen forderte sie auch noch das Ende des Einstimmigkeitsprinzips in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Ohnehin schon durchlöchert und zigmal einfach umgangen -letztes Beispiel Mercosur - soll eines der letzten Instrumente für kleinere EU-Staaten, ihre Interessen zu vertreten, beseitigt werden.

Angriff auf das Einstimmigkeitsprinzip

Die für Österreich so erfolgreichen Jahre aktiver Neutralitätspolitik, die uns zum Ort internationaler Begegnungen gemacht haben und Österreich - vor allem in den Kreisky-Jahren unter ebenso kompetenten, wie der Neutralität verpflichteten Außenministern wie Erwin Lanc - auch ein Stück aus dem provinziellen Mief herausgeholt haben, sind für die heutige Regierung und leider auch für die derzeitige SPÖ ein Stück Vergangenheit. Sie sehen die Zukunft Österreichs als kleines Rädchen in einer großen Militärmaschine.

Angriff auf die Neutralität

Es ist nicht neu, daß die NEOS und Außenministerin Meinl-Reisinger Österreichs Neutralität abschaffen wollen. Aber gegen die geltende Verfassung zu behaupten, Österreich habe seine Neutralität bereits aufgegeben, ist für eine Ministerin ein starkes Stück. Ihr „Argument“: Österreichs Beitritt zu



Parlamentsdirektion/Andy Wenzel

den Vereinten Nationen und in die EU hätten die Neutralität des Landes grundlegend verändert. „Wir haben die notwendige Solidarität und unseren Beitrag zu einer europäischen Verteidigungsfähigkeit bis hin zu einer Verteidigungsunion in unserer Verfassung verankert“, bekräftigte Meinl-Reisinger. Warum die UNO hier als angebliche Kronzeugin herhalten muß, weiß vermutlich nicht einmal Meinl-Reisinger selbst.

EU-Verträge und Neutralität

Der Beitritt zur Europäischen Union hatte Folgen für die österreichische Neutralität. Das ist unbestritten. Die stückweise Aushöhlung der Neutralität beruhte jedoch auf der ständigen Behauptung, der Beitritt und die Unterzeichnung des Vertrags über die EU berührten die militärische Neutralität Österreichs nicht. Österreich zähle, so Meinl-Reisinger, inzwischen zu jenen Staaten, die eine Operationalisierung von Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die EU

vorantreiben. Der Artikel verpflichtet EU-Mitgliedsstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedsstaat zum Beistand. Da fragt man sich natürlich: Wer treibt das voran? Denn wenn uns der besagte Artikel tatsächlich zum militärischen Beistand verpflichten würde, dann wäre der Neutralitätsbruch tatsächlich bereits geschehen. Dann hätten, angefangen beim ehemaligen Außenminister Alois Mock, alle Vertreter aller Regierungen Österreichs in den letzten 30 Jahren gelogen.

Die Einschätzung des deutschen Bundestags

Das sehen nicht alle so.

In einem Kommentar des deutschen Bundestags zu besagtem Vertragsartikel wird explizit festgehalten, daß der Vertrag eben „nicht zwingend den Einsatz militärischer Mittel umfaßt.“ Völlig anders als die österreichische Außenministerin steht der Deutsche Bundestag also auf dem Standpunkt, Österreichs Neutralität wurde durch den besagten Vertrag sogar explizit ausgenommen.

Wirkliche Solidarität mit Europa und nicht nur mit der EU wäre, die österreichische Neutralität dafür zu nutzen, eine alternative Außenpolitik zu entwickeln, die Frieden und zivilen Interessenausgleich zum zentralen Gegenstand macht.

Gold- und Silberankauf!



STOP! Wenn Sie Ihren Gold- und Silberschmuck, Diamant-, und Edelsteinschmuck, Ihre Gold- und Silbermünzen, Armband- und Taschenuhren, Briefmarken, Orden und Auszeichnungen, Urkunden, Fotoalben und Bücher vom 1. bzw. 2. WK, Bilder, Teppiche verkaufen möchten, fragen Sie zuerst unsere **Sachverständigen**. **Schätzungen** sind in unseren Geschäften in **Leoben** (beim Schwammerlturm) und **Bruck** (Hauptplatz, im Haus Glasbau Gruber) **kostenlos** – Hausbesuche nach Anruf. Wir erstellen auch **Gutachten** für Schmuck und Antiquitäten für Haushaltsversicherungen und Testamente.

☎ 0664 / 33 82 716

ÖFFNUNGSZEITEN: Bruck: 9-15 Uhr | Leoben: 8-16 Uhr

SOFORTANKAUF
GOLDDUKATEN, PHILHARMONIKER, BABENBERGER, GOLDBARREN.
AUCH JEDE MÜNZSAMMLUNG! SILBER, KUPFER UND NICKEL.
ANKAUF VON 10-, 25-, 50-, 100 - und 500-SCHILLING-MÜNZEN!
(auch beschädigte Münzen)
WWW.JAHRBACHER.COM

LE-LAUFEVENT

www.le-laufevent.at

SAMSTAG **2026**

19. SEPTEMBER

HAUPTPLATZ LEOBEN



powered by  ERZBERG LEOBEN

... das Laufevent Mitte September im  von Leoben 

KNAPP

voestalpine
ONE STEP AHEAD.

Montanuniversität
Leoben

GRAWE

B&B
PAPER SOLUTIONS

AT&S

LCS
LEOBEN CITY SHOPPING

RHI MAGNESITA

Leoben

Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!

Nach wie vor beherrschen Kriegsmeldungen unseren Alltag. Der Krieg gegen den Iran hat das Potenzial eine schwere Wirtschaftskrise auszulösen und die Welt an den Rand eines Atomkrieges zu führen. Jeder von uns spürt die Auswirkungen: Gestiegene Energiepreise, allgemeine Teuerung, Firmenpleiten wegen unterbrochener Lieferketten. Besonders tragisch: Die Europäische Union und mit ihr das neutrale Österreich schweigen oder machen im Kriegstaumel mit.

Aufrüsten statt Diplomatie ist das Motto unserer Herrschenden, bereitwillig attestiert von den sogenannten Qualitätsmedien. Während laufender Verhandlungen haben die USA und Israel den Iran völkerrechtswidrig angegriffen und zahlreiche Kriegsverbrechen begangen. US-Präsident Trump droht dem Iran, einem 90 Millionen Einwohner Staat mit einer dreitausendjährigen Kultur, mit der Auslöschung seiner Zivilisation. Wir erleben zivilisatorische Tiefpunkte: Die Entführung des gewählten Präsidenten Venezuelas, Drohungen gegen Grönland und Kuba, die Bombardierung des Libanon und den Völkermord Israels in Gaza. Auch die völlige Blockade Kubas durch die USA, die das Ziel hat, das Leben für Millionen Menschen auf der Insel zu verunmöglichen, grenzt an Völkermord.

Über 2.000 Sanktionen gegen Russland – Null Sanktionen gegen Israel und die USA

Wie immer, wird mit zweierlei Maß gemessen. Während die EU am Vorgehen der USA und Israels bestenfalls Kritik hinter vorgehaltener Hand übt, von Sanktionen ganz zu schweigen, wurde Russland nach dem Angriff auf die Ukraine, mit tausenden Sanktionen belegt. Unter dem Motto „Russland ruinieren“ rui-

nieren wir mit den Energie-Sanktionen gegen Russland unsere eigene industrielle Basis. Wer sich von angeblich Verbündeten Nord-Stream, die Energieschlagader Europas, in die Luft sprengen läßt und dazu noch klatscht, dem ist wahrlich nicht mehr zu helfen. Statt der jahrzehntelangen, günstigen Energieversorgung aus Russland bezieht die EU teures Flüssiggas aus dem demokratischen „Musterland“ Katar und extrem umweltschädliches Fracking-Gas aus den USA. Dafür bezahlen auch die Österreicherinnen und Österreicher schon jetzt einen hohen Preis.

Eine Milliarde Dollar pro Tag

Die Kosten des Iran-Krieges werden auf eine Milliarde Dollar pro Tag geschätzt. Gleichzeitig leben Millionen Menschen auch in den USA in bitterer Armut. Während die einfachen Menschen die Rechnung bezahlen – mit dem Sinken des Lebensstandards oder sogar mit dem eigenen Leben – jubeln die Aktionäre der Rüstungsindustrie. Völlig indiskutabel die Tatsache, daß der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall in Österreich Kriegswaffen montieren läßt und unsere inferiore Außenministerin dazu schweigt!

In welcher Welt wollen wir leben?

Nie wieder Krieg. Das war der Aufschrei und die Seh-

sucht der Menschen nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Die UNO wurde geschaffen, Ös-

terreich ein souveräner und neutraler Staat, der mit seiner Friedens- und Vermittlungspolitik viel Ansehen in der Welt gewinnen konnte und bei zahlreichen Konflikten zur friedlichen Lösung beitrug. Was über Jahrzehnte aufgebaut wurde haben unsere Regierungen seit dem EU-Beitritt leichtfertig zerstört. Stattdessen beteiligt sich Österreich am Aufrüstungskurs der EU. Geht es nach Meindl-Reisinger soll Österreich lieber heute als morgen stramm



in einer kommenden EU-Armee mitmarschieren. Für die Aufrüstung hat die EU sogar die Maastricht-Kriterien gelockert. Hauptsache bei Gesundheit, Pensionen und Sozialem wird gespart!

Wir brauchen Abrüstung statt Rüstungswetlauf. Wir müssen darum ringen unsere Neutralität wieder in ihr volles Recht zu setzen. Dazu braucht es eine neue, breite Friedensbewegung. Kämpfen wir gemeinsam darum!



KOSTENLOSE MIETER- BERATUNG

Die KPÖ bietet

Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Budgetloch nicht am Rücken der Pensionisten stopfen

5,1 Milliarden Euro will die Bundesregierung im Doppelbudget 2027/28 einsparen. Wieder einmal sollen die Pensionistinnen und Pensionisten einen Großteil der Last tragen. Die Bruttopensionserhöhung 2027 und 2028 liegt unter der Inflationsrate. Netto werden die Pensionen ohnehin seit Jahren entwertet. Das bringt dem Budget zwar 550 Millionen Euro, für die Betroffenen bedeutet es aber einen neuerlichen Kaufkraftverlust.

Viele Pensionistinnen und Pensionisten beziehen nur kleine Pensionen und leiden schon jetzt unter der massiven Teuerung, die bekanntlich, zieht man den sogenannten „Pensionistenwarenkorb“ heran, deutlich höher als die offizielle Inflationsrate ist. Die ältere Generation hat bereits in der Vergangenheit immer zur Budgetsanierung ihr Schärfelein beigetragen. Erst wurde der Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten von 5,1 auf sechs Prozent erhöht, dazu kamen höhere

Kosten für Medikamente, E-Card etc. Laut Budgetdienst leisten die Pensionistinnen und Pensionisten in der laufenden Legislaturperiode bereits einen Beitrag

zur Budgetkonsolidierung in Höhe von 8,4 Milliarden Euro. Diesen Mammutbetrag hat keine andere Bevölkerungsgruppe geleistet. Die Regierung wählt

den bequemsten Weg, um ihr Budgetloch zu stopfen. Die Pensionisten haben das Loch nicht verursacht, sollen aber schon wieder die Misere ausbaden.

TRACHTEN FEILER



*Für
Immer
und
Ewig*



*im 7. Himmel
mit Trachten Feiler*



Langefelderstraße 2, 8793 Trofaiach, Tel. 03847/2308, www.trachten-feiler.at
Di – Fr: 9:00 – 12:30 & 15:00 – 18:00 Uhr, Sa 9:00 – 12:00 Uhr

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung Mai 2026

EU zwingt Kürzungen auf

In der jüngsten Landtagssitzung wurde der sogenannte „Stabilitätspakt“ beschlossen, der zu weiteren Einsparungen für das Land und die Gemeinden führen wird. Die KPÖ stimmte dagegen. Der Österreichische Stabilitätspakt ist Resultat des Stabilitätspaktes der EU. Bund, Länder und Gemeinden verpflichten sich, den vom Rat der EU festgelegten „Nettoausgabenpfad“ einzuhalten. Dafür werden unter anderem Obergrenzen für eine Neuverschuldung festgelegt.

Was auf den ersten Blick vernünftig klingen mag, wird von vielen Experten aber kritisiert. Der Stabilitätspakt basiert auf den sogenannten Maastricht-Kriterien und nimmt den gewählten nationalen Parlamenten entscheidende Spielräume aus der Hand, weil Grenzen für die Budgetpolitik in Brüssel festgelegt werden. Die genannten Zahlen sind mehr oder weniger willkürlich festgelegt worden. Sie folgen zwar dem neoliberalen Dogma des Kürzens, haben aber ansonsten keine haltbare Grundlage. Versucht die Politik, die Regeln einzuhalten, so muß sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten über Ausgabenkürzungen die Krise sogar

noch verschärfen. Während alle Ebenen des Staates, einschließlich der Sozialversicherungen, zur strengen Sparpolitik verpflichtet werden, gilt dies für einen einzigen Bereich nicht: bei der Aufrüstung macht die EU über eine „Ausweichklausel“ eine Ausnahme. „Bei näherer Betrachtung kann man dem Stabilitätspakt nicht guten Gewissens zustimmen. Die Maastricht-Kriterien folgen einer Politik strikter Kürzungsvorgaben, die nicht zu einer Verbesserung der Lebensrealität der Menschen führen. Es fehlen einnahmenseitige Maßnahmen zur Umverteilung und es werden milliardenschwere Ausnahmen für Aufrüstung geschaffen,

während erneut vor allem bei der Daseinsvorsorge gekürzt werden soll.“ begründet KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz die Ablehnung. Der Stabilitätspakt wurde schließlich mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP, SPÖ und Neos abgesegnet. KPÖ und Grüne stimmten dagegen.

SPÖ und KPÖ brachten Anträge ein

Die SPÖ forderte in einem Antrag die Bundesregierung solle sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, daß öffentliche Investitionen in die Daseinsvorsorge nicht auf das Haushaltsdefizit im Sinne der Maastricht-Kriterien angerechnet werden. Für die Aufrüstung wurden bekanntlich Ausnahmen gemacht. Der SPÖ-Antrag wurde mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP, Neos und Grünen abgelehnt. Nur die KPÖ stimmte zu. Die KPÖ forderte in einem ähnlichen

Antrag den Landtag auf, sich dafür auszusprechen öffentliche Investitionen in die Daseinsvorsorge von den Verschuldungsregeln des innerösterreichischen Stabilitätspaktes auszunehmen. Das lehnten alle anderen Parteien, auch die SPÖ, ab.

Pflege weiter in der Krise

Im Zuge einer Aktuellen Stunde wurde auch über die zunehmenden Herausforderungen in der Pflege diskutiert. Dabei wurde einmal mehr deutlich, daß die Pflege in der Krise steckt und daß sich diese nicht mit einzelnen Maßnahmen oder kurzfristigen Reparaturen lösen läßt. Zu oft wurde in den vergangenen Perioden versucht, mit punktuellen Maßnahmen oder kurzfristigen Entlastungen auf akute Probleme zu reagieren. Nachdem die FPÖ-ÖVP-Landesregierung seit Februar nichts außer leeren Worten und die Ankündigung eines

Masterplans zustande gebracht hat, hat die KPÖ einen „Masterplan der Pflege“ vorgestellt. Er wurde von Beschäftigten aus der Praxis erarbeitet und beinhaltet Forderungen, die es im Pflegealltag wirklich braucht.

„Die Pflege braucht keine weiteren kosmetischen Korrekturen, sondern endlich den Mut zu grundlegenden politischen Entscheidungen. Menschen müssen wichtiger sein als kurzfristige Einsparungen“, betonte KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.



Die KPÖ demonstrierte am 1. Mai für Frieden und Fortschritt.



“
Die letzten acht Tage
auf der Intensivstation,
wenn der Arzt schon
weiß, dass ein Patient
nicht überleben wird:
Da ist enormes
Sparpotenzial drin.

Quelle: derStandard-Interview, 2. Mai 2007

Solche Vorschläge macht
Christian Köck.

Die steirische Landesregierung
zahlt ihm als Berater **104.000 €.**
Das ist ein Skandal!

KPO



TRACHTEN FEILER

Egal wo Sie den Sommer
verbringen, mit Tracht von
TRACHTEN FEILER sind Sie
bestens gekleidet!

Langefelderstr. 2, 8793 Trofaiach
Tel. 03847 2308, feilers_textil@aon.at
Di – Fr: 9:00 – 12:30 & 15:00 – 18:00 Uhr, Sa: 9:00 – 12:00 Uhr

f
i

Ihre Werte in besten Händen

Richard und Lisa Jahrbacher raten beim Verkauf von Wertgegenständen an mobile Händler zu großer Vorsicht. Wenn es um die Schätzung von Schmuck, Gold und weiteren Edelmetallen, Pelzen und anderen Wertgegenständen geht, ist das Familienunternehmen von Richard und Lisa Jahrbacher ein seriöser Ansprechpartner.

„Wir sind vor Ort, wir sind greifbar, und wir sind seit Jahrzehnten in der Branche tätig“, sagt Lisa Jahrbacher. „Deshalb können unsere Kunden auf eine ebenso faire wie professionelle Schätzung vertrauen.“

Gleichzeitig warnen die beiden Experten vor sogenannten mobilen Händlern, die immer wieder durchs Land ziehen, und ein paar Tage in der Stadt bleiben, um mit überzogenen Versprechungen Kunden anzulocken. „Diese Angebote klingen meist viel zu gut, um wahr zu sein. Hier ist äußerste Vorsicht geboten“, sagt Richard



Jahrbacher. „Beim Verkauf von Wertgegenständen empfehlen wir ausschließlich Fachleute, die nach den gesetzlichen Richtlinien handeln und auch eine entsprechende Ausbildung haben.“ Lisa Jahrbacher ist ausgebildete Gemmologin und di-

plomierete Diamantenfachfrau. „Wir bieten kostenlose Schätzungen aller Wertgegenstände an und arbeiten dafür mit gerichtlich zertifizierten Sachverständigen zusammen“, sagt sie.

Nähere Infos gibt es in

den beiden Fachgeschäften beim Schwammerlturm in Leoben und am Hauptplatz in Bruck sowie unter

Tel. 0664/3382716 oder auf www.jahrbacher.at bzw. 0664/304 3873.

FERIENCAMPS

für Kinder und Jugendliche

Spass, Abenteuer, Action



Erlebnisturnusse

Actionwochen

1-2 ODER 3
Wochen möglich!



Reitwochen

Sei dabei



Rasch
anmelden

♥ 12. Juli - 15. August 2026

♥ für Kinder von 6 - 15

♥ Förderungen möglich!



UMFRAGE

Drohen neue Belastungen bei der Pflege?

Es mehren sich die Stimmen, die den vor mehr als einem Jahrzehnt abgeschafften Angehörigenregreß bei der Pflege wieder einführen wollen. Auch auf die 13. und 14. Pension der Pflegeheimbewohner will man zugreifen. Demnach sollen nur mehr 20

Prozent beim Pensionisten verbleiben. Das würden viele Bewohner von Pflegeeinrichtung deutlich spüren, zahlen sie doch mit der 13. und 14. Pension den Einbettzimmerzuschlag und andere Leistungen



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Angehörigenregreß wieder einführen?

JA NEIN

Der Angehörigenregreß sollte wieder eingeführt werden.

Soll auch die 13./14. Pension für die Finanzierung des Pflegeplatzes verwendet werden?

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFALACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

IHRE IMMOBILIE. UNSER AUFTRAG.



Wir suchen gezielt für unsere vorgemerkten Kund:innen.

Als erfahrene Immobilienmakler:innen in Leoben und Umgebung kennen wir den Markt, die Menschen und die Chancen. Wir suchen laufend Einfamilienhäuser, Wohnungen und Grundstücke für unsere vorgemerkten Kaufinteressent:innen und sorgen dafür, dass jede Immobilie die passenden Käufer:innen findet.



VORGEMERKTE KUND:INNEN

Zahlreiche Interessent:innen warten auf Ihre Immobilie.



PERSÖNLICH & REGIONAL

Wir beraten persönlich, diskret und mit echter Marktkenntnis.



BESTER SERVICE FÜR SIE

Von der Bewertung bis zum erfolgreichen Abschluss - wir begleiten Sie.



ERFAHREN. VERLÄSSLICH. ERFOLGREICH.

Ihre Immobilien in besten Händen.



WIR BERATEN SIE GERNE!

LASSEN SIE UNS GEMEINSAM MEHR ERREICHEN.

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

www.sreal.at

Markus Letonja

+43 664 8385998

markus.letonja@sreal.at

Katarina Trajkovic

+43 664 8184145

katarina.trajkovic@sreal.at



Wunderschöne Ferienliegenschaft in Vordernberg

2 ausgestattete Wohneinheiten, touristische Vermietung od. Eigennutzung. Nähe Skigebiet Präbichl, Erzberg, Leopoldsteiner See u. vielen Freizeitmöglichkeiten, HWB: 337,10 kWh/m²a, fGEE: 5,97;
KP: € 290.000,-



Einfamilienhaus mit großzügigem Grundstück in Trofaiach

BJ 1958-1962, 127m² Nfl., 1.658m² Gfl, 6 Wohnräume, 7 m² Balkon, 21,5 m² überdachter Abstellplatz, Garage, Öl-ZH und Festbrennstoffkessel, Solaranlage, HWB: 360,30 kWh/m²a, fGEE: 3,23;
KP: € 175.000,-



Charmantes Einfamilienhaus in Proleb/Leoben

BJ 1910, Sanierung 1995, 144,57 m² Nfl., 637 m² Gfl., möbliert, Öl-Zentralheizung, Keller, Garage, HWB: 148,0 kWh/m²a, fGEE: 1,78;
KP: € 235.000,-



Ideal aufgeteilte 4-Zimmer-Eigentumswohnung im begehrten Ortsteil - Leoben/Göss

95,37m² Nfl., 11,94m² Loggia, Carport, Gas-Zentralheizung, Kaminanschluss, HWB: 128,70 kWh/m²a, fGEE: 1,77;
KP: € 159.000,- inkl. Landesdarlehen



Umfassend sanierte 2-Zimmer-Eigentumswohnung in Leoben-Judendorf

58,36 m² Nfl., 13,34 m² Balkon, sehr gute Infrastruktur, zentrumsnahe Lage, KFZ-Abstellplatz, Gas-Zentralheizung, HWB: 99,70 kWh/m²a, fGEE: 1,38;
KP: € 119.000,-



Charmante 5-Zimmer-Eigentumswohnung in Judendorf/Leoben

100 m² Nfl, sehr gute Raumaufteilung, ruhige zentrumsnahe Lage, eigene Gasheizung, sofort bezugsfertig, HWB: 227,30 kWh/m²a, fGEE: 3,40;
KP: € 169.000,-



Großes, zentrales und sonniges Baugrundstück für Bauträger geeignet in Trofaiach

6.755 m² Baugrundstück (WR 0,2-0,4) eigene Zufahrt, Kanal & Wasser am Grund (Projekt - Aufschließungserfordernis), Bauverpflichtung;
KP: € 449.000,-



Attraktives Geschäftslokal (ehem. Café) in St. Michael in der Obersteiermark

65,61 m² Nfl., 57,34 m² Terrasse, funktionale Raumaufteilung, Mietkaufoption, HWB: 90,40 kWh/m²a, fGEE: 1,30;
KP: € 79.000,-



Vielseitig nutzbares Geschäftslokal in St. Michael in der Obersteiermark

38,78 m² Nfl., Mietkaufoption, KFZ-Abstellplatz, HWB: 126,60 kWh/m²a, fGEE: 1,69;
KP: € 39.000,-



Markus Letonja

s REAL Immobilienmakler

M: +43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at
www.sreal.at



Katarina Trajkovic

s REAL Immobilienmaklerin

M: +43 664 8184145
katarina.trajkovic@sreal.at
www.sreal.at

